



**ZDH**  
ZENTRALVERBAND DES  
DEUTSCHEN HANDWERKS

ZDH • Postfach 110472 • 10834 Berlin

Damen und Herren  
Präsidenten und Hauptgeschäftsführer  
der Handwerkskammern,  
der Zentralfachverbände,  
Wirtschaftlichen und sonstigen Einrichtungen des Handwerks,  
Regionalen Handwerkskammertage,  
Regionalen Vereinigungen der Landesverbände des Handwerks,  
Landeshandwerksvertretungen

Haus des Deutschen Handwerks  
Mohrenstraße 20/21  
10117 Berlin  
www.zdh.de

Abteilung: Handwerkspolitik  
Ansprechpartner: Stefan Koenen  
Tel.: +49 30 206 19-360  
Fax: +49 30 206 19-457  
E-Mail: handwerkspolitik@zdh.de

Berlin, 28. September 2018  
**per E-Mail**

nachrichtlich:

Mitglieder des ZDH-Präsidiums,  
Mitglieder des DHKT-Vorstands,  
Mitglieder des UDH-Vorstands

## **ZDH-Vollversammlung - handwerkspolitischer Bericht – Resolution**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

für Ihre engagierte Teilnahme an den Vollversammlungen der Spitzenorganisationen des Deutschen Handwerks danken wir Ihnen.

Zahlreich angesprochen wurden wir auf den handwerkspolitischen Bericht des ZDH-Präsidenten, den wir Ihnen hiermit im Nachgang gerne zukommen lassen.

Ebenfalls anbei erhalten Sie die einstimmig beschlossene Resolution „Handwerk für ein weltoffenes Deutschland“.

Wir hoffen, dass Sie wohlbehalten in Ihre Heimat zurückgekehrt sind, wünschen ein erholsames Wochenende und weiterhin gutes Gelingen bei Ihrem Einsatz für das Handwerk.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Holger Schwannecke  
Generalsekretär

gez. Stefan Koenen  
Bereichsleiter Kommunikation und  
Koordination der Handwerkspolitik

**Vereinsregisternummer:**  
VR 19916 Nz, Amtsgericht  
Berlin Charlottenburg  
**Steuernummer:**  
27/622/50987

**Bankverbindungen:**  
Landesbank Berlin Girozentrale  
13 327 810 (BLZ 100 500 00)  
IBAN DE24 1005 0000 0013 3278 10  
BIC/SWIFT BELADEVB33XXX

Berliner Volksbank  
830 183 2002 (BLZ 100 900 00)  
IBAN DE94 1009 0000 8301 8320 02  
BIC/SWIFT BEVODE33

**DAS HANDWERK**  
DIE WIRTSCHAFTSMACHT. VON NEBENAN.

# Handwerkspolitischer Bericht

---

Hans Peter Wollseifer

Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Berlin, 28. September 2018  
ZDH-Vollversammlung

Anrede,  
auf der ZDH-Vollversammlung vor einem Jahr, kurz nach der Bundestagswahl, habe ich gesagt: Was wir jetzt brauchen, gerade auch vor dem Hintergrund des Wahlergebnisses, ist eine Politik der Weitsicht und des Mutes.

Ich habe gesagt: Das wichtigste Ziel der künftigen Bundesregierung muss die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes sein.

Heute, keine zwölf Monate später, sehen wir leider: Die Sache hat sich in die komplett falsche Richtung entwickelt.

Die Gräben sind tiefer als zuvor. Die Unzufriedenheit, ja, Unsicherheit vieler Bürgerinnen und Bürger ist gewachsen.

Es gibt mittlerweile einen bunten Strauß an Themen, die ganz automatisch emotionale Debatten auslösen: Sei es die Pflege, die Rente, die innere Sicherheit, die Flüchtlingspolitik und, ich wünschte, es wäre ein Scherz: selbst das Abschneiden der Nationalmannschaft bei der Fußball-WM.

So manch einer scheint nach dem Leitsatz zu leben: Gib mir ein Thema, und ich mach dir einen Streit daraus. Es sind aufgeregte Zeiten.

Woher kommt das? Was macht uns so nervös?

Sicher, es hat ganz viel zu tun mit den Veränderungen, die im Moment passieren. Viele, und sehr schnell! Das hat schon seine Richtigkeit. Aber, wissen Sie: Das greift mir zu kurz.

Veränderungen hat es immer gegeben. Gerade wir im Handwerk wissen das. Wir haben Veränderung aufgenommen und gestaltet. Das hat uns über Jahrhunderte erfolgreich gemacht.

Nein, es liegt nicht nur an Veränderungen, ich denke, die Verunsicherung sitzt ein Stück tiefer.

Zwei Dinge fallen mir dazu ein: Erstens, einem erheblichen Teil der Bevölkerung fehlt ein politischer Ansprechpartner in der Bundesregierung.

Und, zweitens: Der Staat hat sich in den vergangenen Jahren an den falschen Stellen zurückgezogen.

Lassen Sie mich diese beiden Gedanken kurz ausführen:

Erstens, zur Bundesregierung: Die Koalition zwischen Union und SPD ist zum Regelfall geworden. Junge Menschen kennen schon fast keine andere Konstellation mehr.

Das Ergebnis sind zwei Volksparteien, die sich aneinander abgeschliffen haben, die müde sind vom Regieren, denen die Ideen und die Kraft fehlen für die Vision eines künftigen Deutschland.

Das ist nicht gut für unser Land. Aber es ist auch schlecht für jenen großen Teil der politischen Mitte, der sich bisher parteipolitisch an der Union und der SPD orientiert hat.

Er verliert seine politische Heimat.

Oder können Sie mir sagen, wer in der Regierung mein Ansprechpartner ist, wenn ich einerseits für ein weltoffenes Deutschland und für die geordnete Zuwanderung von Fachkräften bin. Und wenn ich andererseits verlange, dass dem Rechtsstaat genüge getan wird und kriminelle und vielfach vorbestrafte Zuwanderer zügig und konsequent abgeschoben werden müssen?

Wer ist mein politischer Ansprechpartner, wenn ich möchte, dass Deutschland die weltbeste

Bildungspolitik betreibt, dass in die Köpfe und Hände unserer Jugend investiert wird, ich aber nicht verstehen kann, dass Milliarden für Rentengeschenke ausgegeben werden?

Und wer, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, spricht in der Bundesregierung für mich, wenn ich es mir nicht erklären kann, warum ein Baukindergeld eingeführt wird, während die Grunderwerbssteuer immer weiter steigt? Und warum der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung nach zähem Ringen richtigerweise gesenkt wird, um gleichzeitig – einfach mal so – den Pflegebeitrag zu erhöhen?

Dazu kommt Regierungskrise um Regierungskrise. Wir erleben Spitzenpolitiker der Bundesregierung, die das Bündnis offen in Frage stellen. Minister misstrauen sich gegenseitig. Die Sorge vor der nächsten Wahlumfrage ist förmlich zu spüren.

Stabilität, meine Damen und Herren, sieht anders aus. Das Vertrauen der Menschen gewinnt man so nicht.

Was jetzt aus meiner Sicht zu tun ist, sage ich gleich. Vorher möchte ich gerne noch meinen zweiten Gedanken ansprechen: Den Rückzug des Staates an den falschen Stellen.

Ein Wort zu Chemnitz: Ich habe diese Stadt kennen gelernt [zuletzt anlässlich der Verabschiedung von Präsident Dietmar Mothes]. Ich habe Chemnitz als lebhaften und lebenswerten Ort erlebt, der sich seit der Deutschen Einheit neu erfunden hat.

Und eines will ich dir sagen, mein lieber Präsident Frank Wagner: Die tolle Arbeit, die du mit deinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Handwerkskammer Chemnitz leistest, die lassen wir uns nicht madig machen. Das deutsche Handwerk steht hinter dir und hinter allen ehrba-

ren Handwerkerinnen und Handwerkern im Kammerbezirk Chemnitz!

Genauso richtig ist: Wenn Rechtsextreme durch eine Stadt ziehen, den Hitlergruß zeigen und nationalsozialistische Verbrechen verharmlosen, dann darf das unsere Gesellschaft nicht unwidersprochen lassen. Dann müssen wir uns, auch als Wirtschaft, auch als Handwerk, hinstellen und sagen: Mit euch wollen wir nichts zu tun haben, um euch sollen sich Polizei und Justiz kümmern, und sonst niemand!

Und gerade hier zeigt sich: Der Staat hat sich an zu vielen Stellen – und noch dazu an den falschen – zurückgezogen.

Es fehlen Polizisten. Es fehlen Lehrer und Anerkennung wie Wertschätzung ihrer Arbeit. Die Verfahren an Gerichten dauern zu lang. In vielen Landstrichen werden Schulen aufgelöst – im Übrigen auch Berufsschulen! –, Verkehrslinien eingestellt, Bürgerämter geschlossen.

Wo sich der Staat zurückzieht, entsteht ein Vakuum. Dieses Vakuum wird früher oder später gefüllt. Und man kann sich nicht aussuchen, mit wem oder was es gefüllt wird.

Gleichzeitig, meine Damen und Herren, greift die Politik und mit ihr der Staat immer stärker in die Wirtschaft ein:

Geld wird umverteilt, Lohnzusatzkosten erhöht, Gelder aus der Rentenkasse werden zweckentfremdet und, ja, die Bürokratie wird – zumindest gefühlt – immer mehr.

Kein Wunder, dass sich da Unternehmer irgendwann fragen: Wer ist da jetzt eigentlich Herr in meinem Betrieb? Und so mancher Arbeitnehmer fragt sich beim Blick auf seinen Lohnzettel: Wie nur kann aus so einer großen Zahl oben eine so kleine Zahl unten werden?

Ja, es ist dieses Missverhältnis von staatlichem Verhalten, das viele an der Handlungsfähigkeit eben dieses Staates zweifeln lässt. Frei nach dem Motto: Die Steuern werden zuverlässig abgebucht, aber das staatliche Gewaltmonopol, das bekommt Löcher.

Wenn Sie mich persönlich fragen: **Ganz so schlimm ist es nicht.** Wir leben in einem der sichersten Länder der Welt. Unser Rechtsstaat ist zuverlässig. Wir haben eine florierende Wirtschaft. Deutschland ist für viele auf der Welt immer noch ein Sehnsuchtsort und ein Vorbild.

Was wir aber brauchen, ist eine Politik, die den Menschen die Zuversicht und das Vertrauen gibt, dass Deutschland auch in Zukunft ein sicheres, stabiles und prosperierendes Land bleibt.

Was wir brauchen, ist eine Politik, die Halt und Orientierung gibt, und das Gefühl: Die „da oben“, die „in Berlin“, die verstehen mich, und *ich*, ich verstehe sie auch.

Das geht nur, wenn sich der Politikstil ändert.

Es gab eine Zeit, in der es Mode war, Probleme auszusitzen.

Diese Zeit muss vorbei sein.

Wir brauchen jetzt eine Politik der klaren Linien und der klaren Sprache.

Eine Politik, die der Mitte der Gesellschaft eine Stimme gibt.

Eine Politik, die ihren Fokus auf die Leistungsträger legt, und das meine ich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich:

Menschen, die Verantwortung übernehmen in Beruf und Ehrenamt.

Menschen, die sich um Betrieb, Familie und die Pflege von Angehörigen kümmern.

Menschen, die sieben Tage die Woche morgens aufstehen und den Laden am Laufen halten.

Ihnen muss Politik zurufen: Wir haben euch im Blick, ihr seid ab sofort das Zentrum unserer Bemühungen.

Was ist dafür notwendig? Wie kann das funktionieren?

Alles steht und fällt mit einer glaubwürdigen Politik. Politik muss sagen, was sie macht, und machen, was sie sagt. Anders ausgedrückt: Was in den Sonntagsreden versprochen wird, muss an den Wochentagen auch umgesetzt werden.

Dazu gehört eine Sicherheitspolitik, die den Menschen das Gefühl gibt: Der Staat hat alles unter Kontrolle. Das gilt für den effektiven Schutz der europäischen Außengrenzen. Das gilt für den Umgang mit Kriminalität. Und das gilt für den Umgang mit den extremistischen Rändern.

Zu einer glaubwürdigen Politik gehört: Entlastet die Leistungsträger! Tut endlich was für die arbeitende Bevölkerung! Da wünsche ich mir auch einen Zusammenschluss von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Wir wollen Entlastungen für *Beschäftigte und Betriebe gleichermaßen!* Das würde Kräfte und Mittel freisetzen, würde Investitionen ermöglichen, und das würde zeigen: Eure Arbeit, liebe Handwerkerinnen und Handwerker, die ist uns etwas wert.

Wir wollen, dass in die Migrationsfrage endlich Struktur einkehrt. Dafür haben wir schon vor einigen Monaten unsere Vorschläge für ein Einwanderungsgesetz eingebracht. Ein Einwanderungsgesetz, das gerade auch beruflich Gebilde-

ten den Weg nach Deutschland ebnen soll. Wenn wir Einwanderung mit Qualifikation und Beschäftigung verbinden, wird sich auch das Bild von Migration und das Bild von Migranten verändern.

Für ein gutes Deutschland muss der ländliche Raum gestärkt werden: Ländliche Räume sind Zukunftsräume. Dafür braucht es optimale Rahmenbedingungen, von Bildungsangeboten über die Nahversorgung bis hin zur Infrastruktur und dem Ausbau digitaler Netze.

Der Berufsbildungspakt muss endlich mit Leben und mit Geld gefüllt werden, damit mit ihm die überfällige Modernisierung von beruflichen Bildungsstätten angepackt werden kann.

Ein Umdenken brauchen wir auch in der Familienpolitik. Denn Deutschland fehlt der Nachwuchs. Nicht nur im Handwerk: Nein, fast überall. Deswegen müssen wir jungen Menschen Mut machen. Mut zur Familie.

Dazu gehören ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot und eine Qualitätsoffensive in der Betreuungsinfrastruktur.

Dazu gehören auch familienfreundliche Arbeitszeiten.

Im Handwerk haben fast 40 Prozent der Betriebe Arbeitszeitkonten und in jedem dritten handwerklichen Betrieb gibt es flexible Tages- und Wochenarbeitszeiten oder Gleitzeitmodelle.

Damit sind wir gut aufgestellt, es zeigt aber auch: Unsere Betriebe wissen, dass es heute mehr denn je notwendig ist, sich auf die Bedürfnisse der Menschen einzustellen, wenn man sie als Beschäftigte halten möchte.

Dazu braucht es keine staatliche Gängelung.

Politik muss den jungen Menschen die Möglichkeit geben, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Das gilt für die Familiengründung genauso wie für die berufliche Selbstständigkeit.

Der eigene Betrieb ist für viele junge Menschen immer noch *der Traum schlechthin*. Aber es muss sich auch lohnen: Sozialabgaben und Bürokratie erdrücken so manchen Jungunternehmer. Wir brauchen von jedem weniger, nicht mehr! Das werde ich nachher auch Herrn Altmaier mitgeben.

Und in der Bildung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, da müssen wir unseren Weg von Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit konsequent weitergehen.

Wir merken: Handwerk wirkt. Endlich wird der beruflichen Bildung wieder mehr Aufmerksamkeit zuteil!

Das liegt an unserer Arbeit und klugen Innovationen wie dem BerufsAbitur. Das liegt an einem veränderten Bewusstsein in der Politik und das liegt auch an Menschen wie Frau Büdenbender, die wir heute noch begrüßen dürfen.

Und ja, es liegt auch daran, dass viele Menschen merken: Mein Nachbar, der Germanist, ist ein netter Kerl, aber das verstopfte Rohr, das kriegt er nicht wieder flott.

Dazu braucht es einen richtigen Handwerker. Und der ist immer schwieriger zu finden.

Und auch beim Meisterbrief bewegt sich was. Endlich wurden die Forderungen des Handwerks von der Politik aufgenommen.

Jetzt drängen wir auf eine Regelung, die eine echte Veränderung ist, die wieder mehr Meisterpflichten mit sich bringt, und die gleichzeitig europa- und verfassungskonform ist.

Einen Schub braucht es noch einmal bei der Bildungsgerechtigkeit: Es ist höchste Zeit, dass die Meisterausbildung und Meisterprüfung vollständig kostenfrei werden. Das Studium ist es ja auch.

Das sind einige Eckpfeiler einer Politik, von denen ich glaube, dass sie das Vertrauen in unser politisches System stärken können.

Nochmal zusammengefasst:

1. Eine Politik, die *da* den Staat stärkt, wo er unersetzlich ist, und *da* den Menschen stärkt, wo er seine Freiheiten braucht.
2. Eine Politik, die ein Auge auf den Bürger wirft und nicht auf den Finanzminister.
3. Eine Politik, die eine Sprache spricht, die man versteht.
4. Eine Politik, die den Leistungsträger in den Fokus nimmt und deutlich macht: Ihr seid die, auf die dieses Land seine Zukunft baut und...
5. ...eine Politik, die an die nächsten zehn, zwanzig, dreißig Jahre denkt und nicht nur bis zur nächsten Meinungsumfrage.

Das muss der Weg sein! So kann Politik wieder Vertrauen gewinnen.

Und so können wir vielleicht Wahlergebnisse verhindern, die politischen Erdbeben gleichkommen.

Das wird im Übrigen auch bei den Europawahlen wichtig sein: Wir als Handwerk hoffen auf einen klaren Wahlsieg der überzeugten Europäer.

Das heißt nicht: Alles ist gut in der Europäischen Union. Da liegt einiges im Argen. Zum Beispiel

kann es nicht sein, dass sich Brüssel in den deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einmischt.

Dennoch brauchen und wollen wir ein geeintes und starkes Europa, um in dieser globalisierten Welt überhaupt bestehen zu können.

Anders gesagt: Europa muss groß werden in den großen Themen und klein werden in den kleinen Themen.

Das hat die Kommission ja richtig erkannt. Aber in der Umsetzung tut sie sich schwer. In den großen Fragen kommt sie nicht voran und kümmert sich dann dafür um die Belange, die viel besser in den Nationalstaaten aufgehoben sind.

Deshalb: Wie Europapolitik aussehen sollte und was wir konkret erwarten, haben wir in einem ersten Leitlinienpapier zusammengefasst. Mit der Einladung zur heutigen Vollversammlung haben Sie es erhalten.

Auf dieser Grundlage werden wir in den kommenden Monaten unsere Positionen in den einzelnen Sachfragen vertiefen. Lassen Sie uns als Handwerk für ein besseres Europas kämpfen. Und positionieren wir uns gemeinsam und geschlossen für den Europawahlkampf!

Wir können die Veränderungen, den Wandel, den wir in Deutschland und der ganzen Welt erleben, nicht rückgängig machen.

Wir können die Uhren nicht zurückstellen, auch nicht mit einem Verzicht auf die Zeitumstellung.

Was wir können, ist, den Wandel zu gestalten.

Es ist unsere Aufgabe als gesellschaftliche und wirtschaftliche *Mitte der Gesellschaft* zu sagen, was geht und was nicht geht.

Lassen Sie uns das gemeinsam tun. Nehmen wir die Politik in die Pflicht. Und lassen wir uns selbst in die Pflicht nehmen.

Für ein stabiles Europa, für ein starkes Deutschland, für unser Handwerk und für die Demokratie als beste Staatsform der Welt.

Vielen Dank.



## **Handwerk für ein weltoffenes Deutschland**

*Bei uns zählt nicht, wo man herkommt. Sondern wo man hinwill.*

Das Deutsche Handwerk steht allen offen, die sich zu den Werten unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsgruppe bekennen. An den Werkbänken, in den Backstuben und auf den Baustellen des Handwerks stehen seit jeher Menschen unterschiedlicher Nationalität zusammen. Wir wissen: Geschicklichkeit, Kreativität, Genauigkeit, Kundennähe und Verantwortungsbewusstsein sind universelle Ansprüche. Sie verbinden – unabhängig von Herkunft, Religion und Weltanschauung.

Als Mitte der Gesellschaft beobachten wir eine zunehmende Radikalisierung in Wort und Tat. Wir haben große Sorge um den sozialen Frieden in unserem Land, um das Bild unserer Heimat in der Welt und den Ruf des deutschen Wirtschaftsstandortes.

*Vor diesem Hintergrund stellt die Vollversammlung des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) fest:*

Das Deutsche Handwerk bekennt sich zu einem weltoffenen, liberalen und demokratischen Deutschland.

Das Deutsche Handwerk stellt sich gegen jede Form von politischem Extremismus, von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

Das Deutsche Handwerk setzt sich für einen respektvollen Umgang miteinander ein, auch und gerade in der Diskussion mit politisch Andersdenkenden.

Berlin, am 28. September 2018